ENTWURF Antrag an den Landesparteitag

Frieden für die Ukraine. Die Kriegslogik durchbrechen.

Einreicher:innen: Landesvorstand, LAG Frieden und Internationale Politik

Seit über einem Jahr führt Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Mit dem 24.02.2022 begann für die Menschen in der Ukraine eine Zeit des Leids, der Flucht, der Zerstörung und des Sterbens. Bis heute ist kein Ende in Sicht. Jeder weitere Tag, an dem das Sterben und die Zerstörung ziviler Infrastruktur in der Ukraine andauert, ist einer zu viel.

Angesichts dieser Entwicklung und der vielen Opfer bekräftigt und erneuert DIE LINKE. Thüringen ihre Verurteilung und Ablehnung dieses Krieges, für den einzig und allein Putins Regime die Verantwortung trägt. Die territoriale Integrität wurde der Ukraine von Russland im Zuge der Abgabe ihrer Atomwaffen vertraglich zugesichert. Die Ukraine hat das Recht, sich selbst zu verteidigen. Jede Interpretation des Konfliktes, die einer Täter-Opfer-Umkehr gleichkommt, ist abzulehnen. Auch ein freiwilliger Beitritt von ehemaligen Republiken und damit souveränen Staaten zur NATO rechtfertigen den Angriff durch russisches Militär nicht.

DIE LINKE ist und bleibt eine Partei des Friedens und des Völkerrechts und lehnt Krieg als Mittel der Politik ab. In einer wertebasierten Außenpolitik, die diesen Namen verdient, steht Frieden an erster Stelle. Gleiches gilt für die Menschenrechte. Die vordringlichste Aufgabe der Politik ist es, alles zu unternehmen, um das Blutvergießen so schnell wie möglich zu beenden und weiteres zu verhindern. Es braucht seitens der europäischen Regierungen und der internationalen Staatengemeinschaft daher endlich ernsthafte diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Waffenstillstandsverhandlungen unter dem Dach der Vereinten Nationen müssen den Anfang bilden. Gleichzeitig ist zu betonen, dass Russland seine Truppen hinter seine tatsächlichen Grenzen zurückziehen muss und ein Diktatfrieden durch Russland für die Ukraine nicht der Anspruch von Verhandlungen sein kann. Die Menschen in der Ukraine dürfen nicht zum Spielball von Staaten oder von Militärbündnissen werden. Dazu brauchen wir eine Debatte über die Stärkung des Völkerrechts und der Vereinten Nationen hin zu einer Weltfriedensorganisation sowie Vertragsgemeinschaften für Abrüstung und Friedenssicherung, um die Logik und Existenz von Militärbündnissen wie der NATO oder der OKVS endlich zu überwinden.

Solidarität mit der Ukraine heißt zuallererst, sich dafür einzusetzen, dass das Töten aufhört. Immer weitere Waffenlieferungen werden nicht zu einem Ende des Krieges führen, sondern vor allem die Profite der Rüstungskonzerne sichern. Stattdessen bleibt die Gefahr einer weiteren Eskalation, Ausweitung und Verlängerung des Krieges

real - mit immer mehr Toten und Verwüstung. Einen langen Abnutzungskrieg kann niemand wollen und wird Russland nicht zum Einlenken bringen. Das bisherige Agieren des russischen Präsidenten macht deutlich, dass es für ihn zweitrangig ist, wie viele junge Russen, ihr Leben in diesem sinnlosen Krieg verlieren und wie viel Leid die ukrainische Zivilbevölkerung erfährt. Es darf jedoch uns und den europäischen Regierungen nicht egal sein. Deshalb braucht es auch einen wirksamen Schutz für Deserteur*innen und Reservist*innen, die sich dem Kriegseinsatz entziehen wollen. Auch Kriegsdienstverweigerung ist ein Menschenrecht und desto mehr Menschen davon Gebrauch mache können, desto schwieriger wird eine Fortsetzung des völkerrechtswidrigen Kriegs in der Ukraine.

Auch wenn die Lieferung von Waffen als Unterstützung der Ukraine und ihrer Verteidigung nahe liegt, und angesichts der anhaltenden russischen Angriffe diese Position nachvollziehbar scheint, sehen wir diese kritisch. Es ist an der Zeit, die Kriegslogik zu durchbrechen. Als DIE LINKE. Thüringen stellen wir uns daher insbesondere gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr mit dem 100-Milliarden-Euro-Paket. Auch Überlegungen zur Aufstockung dieser Mittel erteilen wir eine Absage. Statt Gelder für Rüstung auszugeben, bräuchten wir für endlich solche finanziellen Kraftpakte für eine soziale Energiewende, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Pflege- und Gesundheitsbereich, moderne Bildungseinrichtungen und die notwendige Verkehrswende.

Wir kritisieren die parteienübergreifende neue Einigkeit zur Erfüllung des 2-Prozent-Ziels der NATO, das dröhnende Schweigen des vermeintlichen „Wertebündnisses“, wenn der Bündnispartner Türkei in den letzten Jahren immer wieder völkerrechtswidrig die kurdischen Gebiete im Norden Syriens bombardiert und auch nach dem Erdbeben in der Region davor keinen Halt macht. Darüber hinaus setzen wir uns für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages der UNO durch Deutschland und den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland ein. Der aktuelle außen- und verteidigungspolitische Diskurs in Deutschland scheint fast keine Tabus mehr zu kennen. Selbst die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht wird als scheinbar ernsthafter Vorschlag des Öfteren ins Spiel gebracht. Diese militaristische Entwicklung beobachten wir mit Sorge.

Die Ablehnung und kritische Betrachtung von Waffenlieferungen bedeutet keinesfalls eine Entsolidarisierung mit den von diesem Krieg betroffenen Menschen oder etwa eine Billigung des russischen Angriffskrieges. Als LINKE setzen wir darauf, alle zivilen Optionen auszuschöpfen, um sowohl den Opfern des Krieges zu helfen als auch den Kreml unter Druck zu setzen, endlich ernsthafte Friedensverhandlungen aufzunehmen. Putins Regime muss endlich umfassend und gezielt mit Sanktionen belegt werden, die die Finanzierung des Krieges tatsächlich erschweren und klar an Bedingungen

zur eventuellen Aufhebung geknüpft sind. Die bisherigen Sanktionen der EU sind jedoch ziel- und planlos. Nicht nur die Multimilliardär*innen gilt es zu sanktionieren, sondern auch die über 20.000 russischen Multimillionär*innen, welche die Machbasis des Putin-Regimes sind, müssen endlich in den Fokus im Sinne einer gezielten Sanktionspolitik. Statt Trippelschritten wie beim Öl-Embargo, brauchen wir schnelle Entscheidungen, wenn die Staatskasse des Regimes und damit die Finanzquelle der Rüstungsindustrie in Russland getroffen werden soll, um den Druck für Friedensverhandlungen zu erhöhen. Geschieht diese schnelle und zielgenaue agieren nicht verursachen die Sanktionen einen hohen Kollateralschaden - vor allem in Ländern des globalen Südens - und sind am Ende doch oft zu inkonsequent, wenn die eigenen wirtschaftlichen Interessen und die Einwände deutscher und europäischer Konzerne Vorrang haben. Zudem braucht es eine Stärkung der humanitären und zivilen Unterstützung der Ukraine zum schnellen Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur, insbesondere im Energiebereich. Auch ein Schuldenschnitt und eine finanzielle Wiederaufbauhilfe durch die internationale Staatengemeinschaft müssen jetzt auf den Weg gebracht werden.

Der Überfall auf die Ukraine war auch für uns als LINKE eine Zäsur. In Teilen unserer Partei wurde das Ausmaß an Aggressivität und die Bereitschaft der russischen Regierung, einen Angriffskrieg zu beginnen, viel zu oft unterschätzt. Eine moderne linke Außenpolitik darf keine doppelten Standards setzen und muss sich aus den alten Mustern des Kalten Kriegs lösen. DIE LINKE. Thüringen steht klar auf der Seite des Völkerrechts, des Friedens und der Menschenrechte. Fragen dazu, was das konkret für unser Verständnis als Friedenspartei und Partei des Völkerrechts bedeutet, haben wir auf dem Bundesparteitag in Erfurt formuliert. Wir müssen gemeinsam darauf Antworten finden, ohne dabei friedenspolitische Grundsätze zu streichen.